

Uwe Backes/Alexander Gallus/
Eckhard Jesse/Tom Thieme (Hrsg.)

Extremismus & Demokratie



Nomos

Uwe Backes/Alexander Gallus/
Eckhard Jesse/ Tom Thieme (Hrsg.)

Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D)

32. Jahrgang 2020



Nomos

Herausgeberschaft und Redaktion: Prof. Dr. Uwe Backes, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, D-01062 Dresden, Tel. (0351) 46332802; Prof. Dr. Alexander Gallus, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, Philosophische Fakultät, D-09107 Chemnitz, Tel. (0371) 53127710; Prof. em. Dr. Eckhard Jesse, TU Chemnitz, Politikwissenschaft, Philosophische Fakultät, D-09107 Chemnitz, Tel. (0371) 53127720; Prof. Dr. Tom Thieme, Hochschule der Sächsischen Polizei (FH), D-02929 Rothenburg/O.L., Tel. (035891) 462822.

Redaktion (Mitarbeit): Gabriel Rolfes, M.A.; Margarete Tiessen
Kontakt: jahrbuch-ed@phil.tu-chemnitz.de

Wissenschaftlicher Beirat: Prof. em. Dr. Klaus von Beyme, Universität Heidelberg; Prof. Dr. Frank Decker, Universität Bonn; Prof. em. Dr. Jürgen W. Falter, Universität Mainz; Prof. em. Dr. Peter Graf Kielmansegg, Universität Mannheim; Prof. Dr. Herfried Münkler, Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. Manfred G. Schmidt, Universität Heidelberg; Prof. Dr. Roland Sturm, Universität Erlangen-Nürnberg; Prof. Dr. Barbara Zehnpfennig, Universität Passau.

Internet: <https://www.tu-chemnitz.de/phil/politik/pti/jahrbuch/jahrbuch.php>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-7032-8 (Print)

ISBN 978-3-7489-1155-5 (ePDF)



Onlineversion
Nomos eLibrary

Das Jahrbuch erscheint einmal jährlich. Die in ihm enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keinerlei Haftung.

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Jahrbuch
EXTREMISMUS & DEMOKRATIE (E&D)

Inhalt	Band 32 (2020)
Editorial	7
Analysen	
Eckhard Jesse, Äquidistanz und Hufeisenmodell	13
Isabelle-Christine Panreck, #aufstehen – Sprachrohr der Anteillosen?	41
Roland Sturm, Der schottische Weg zum zweiten Unabhängigkeitsreferendum	63
Evelyn Bokler-Völkel, Der Islamische Staat	79
Daten, Dokumente, Dossiers	
Eckhard Jesse, Wahlen 2019	103
Uwe Backes, Organisationen 2019	127
Alexander Gallus, Dokumentation 2019	145
Philipp Currlé, Interventionistische Linke	157
Stefan Goertz, Rechtsterroristische Akteure in Deutschland	167
Dirk Baehr, Radikalisierungsprozesse von neun dschihadistischen Straftätern ..	185
Tom Mannwitz, Biographisches Porträt: Bernhard Falk	197
Miroslav Mares, Länderporträt: Kroatien	215
Anna-Maria Haase, Zeitschriftenporträt: Phase 2	233
Literatur	
<i>Literaturbericht:</i>	
Wilfried von Bredow, Politik, politische Kultur und gesellschaftlicher Wandel	251
<i>Sammelrezension:</i>	
Isabelle-Christine Panreck, Antisemitismus in Geschichte und Gegenwart	283
<i>»Kontrovers besprochen«:</i>	
Florian Meinel, Vertrauensfrage (Kathrin Groh, Florian Grotz, Oliver W. Lembcke, Herfried Münkler)	299
<i>Rezensionsessay:</i>	
Julia Ebner, Radikalisierungsmaschinen (Tom Mannwitz)	312
<i>»Wieder gelesen«:</i>	
Hans Kelsen, Vom Wesen und Wert der Demokratie (Armin Pfahl-Traugher)	317
<i>Literatur aus der „Szene“:</i>	
Dominique Venner, Was ist Nationalismus? (Manès Weisskircher)	322

Inhalt

Hauptbesprechungen:

Christopher Daase u.a. (Hrsg.), Gesellschaft Extrem (Uwe Backes)	326
Norbert Frei u.a., Zur rechten Zeit (Jost Dülffer)	329
Ines Geipel, Umkämpfte Zone (Stephan Hilsberg)	332
Thomas Hartmann u.a. (Hrsg.), Die Zukunft der Demokratie (Helge F. Jani)	336
Darius Harwardt, Verehrter Feind (Martina Steber)	340
Thorsten Holzhauser, Die „Nachfolgepartei“ (Jürgen P. Lang)	343
Ilko-Sascha Kowalczuk, Die Übernahme (Martin Sabrow)	347
Jill Lepore, Diese Wahrheiten (Philipp Gassert)	352
Armin Nassehi, Theorie der digitalen Gesellschaft (Thomas Kern und Josefa Loebell)	356
Andreas Petersen, Die Moskauer (Werner Müller)	360
Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus in Deutschland (Tom Thieme)	363
Andreas Rödder, Konservativ 21.0 (Paul Nolte)	366
Daniel Siemens, Sturmabteilung (Kurt Schilde)	370
Quinn Slobodian, Globalisten (Bernd Greiner)	374
Verfassungsschutzbericht 2018 (Thomas Grumke)	377
Odd Arne Westad, Der Kalte Krieg (Michael Gehler)	380
Sandra Wirth, Nachdenken über Demokratie (Klaus von Beyme)	384
Roman Yos, Der junge Habermas (Grit Straßenberger)	387
<i>Kurzbesprechungen</i>	390
<i>Kommentierte Bibliographie</i>	463
<i>Zeitschriftenauslese</i>	500
<i>Verzeichnis der besprochenen Bücher</i>	503
Mitteilungen und Hinweise	514
Personenverzeichnis	517
Autorenverzeichnis	537

Editorial

Die Europawahlen vom Mai 2019 waren ein Belastungstest der europäischen Demokratien, die angesichts des „Brexit“-Votums Großbritanniens und der nachwirkenden Lasten durch die Finanz- und Flüchtlingskrise unter teils antieuropäischen und anti-liberalen Druck durch populistische Parteien unterschiedlicher Prägung gerieten. Wie Eckhard Jesse in seinem *Dossier* („Wahlen 2019“) belegt, lag Deutschland insofern im europäischen Trend, als traditionsreiche demokratische Parteien wie CDU/CSU und SPD an Boden verloren, während der Rechtspopulismus reüssierte: Die AfD steigerte sich um 3,9 Prozentpunkte auf einen Stimmenanteil von 11,0 Prozent. Und auch am linken Flügel entsprach das Ergebnis europaweit erkennbaren Tendenzen: Die Linke, die (anders als etwa linke Strömungen in Griechenland, Portugal und Spanien) in Teilen mit einem populistischen Kurs haderte, unterschritt den fünf Jahre zuvor erreichten Stimmenanteil mit nunmehr 5,5 Prozent deutlich. Die deutsche Besonderheit war das Auseinanderfallen der beiden Wahlgebiete „West“ und „Ost“ nach nunmehr 30 Jahren deutscher Einheit: CDU und SPD schnitten zusammengerechnet im Osten schlechter ab (addiert 33,7 Prozent) als AfD und Die Linke (addiert 34,5 Prozent). Zum ersten Mal gelangte Die Linke mit Thüringen in einem Bundesland auf den ersten Platz. Im *Dossier* von Uwe Backes („Organisationen 2019“) kommt der Unterschied zwischen Ost und West vor allem im Bereich der politisch motivierten Kriminalität zum Ausdruck, wo sich die Kluft im Gewaltaufkommen (vor allem „rechts“, gewichtet nach Bevölkerungsanteil) kaum zu verringern scheint. Im Übrigen fehlt „im Westen“ nahezu keines der Phänomene, die für das östliche Deutschland beschrieben werden können.

Wie der Erlanger Politikwissenschaftler Roland Sturm in seiner *Analyse* nachweist, stellt der „Brexit“ das Vereinigte Königreich vor eine Zerreißprobe – nicht zuletzt in Schottland, wo die Bindung an die EU aus politischen wie ökonomischen Gründen besonders eng ist. Die Schottische Nationalpartei ist zur dominierenden Kraft aufgestiegen und strebt nach Sezession – allerdings in einer Weise, die keine Zweifel darüber aufkommen lässt, dass ein unabhängiges Schottland die demokratischen Standards erfüllen würde. Sezessionsbestrebungen kennzeichnen hingegen keineswegs die Populismen, welche die Dresdener Politikwissenschaftlerin Isabelle-Christine Panreck in ihrer *Analyse* als Fallmaterial zugrunde legt. Im Zentrum steht die 2017 gegründete Bewegung #aufstehen, die das Ziel verfolgt, Rechtspopulismus in Deutschland zu schwächen und Wählerinnen und Wähler von der AfD loszueisen. Die selbsterklärte Sammlungsbewegung folgt damit dem Ruf der Theoretikerin Chantal Mouffe nach einem „guten, linken Populismus“. Wie die Analyse anhand eines aus den theoretischen Überlegungen Mouffes und Ernesto Laclaus abgeleiteten Indikatorenrasters erhellt, erfüllt #aufstehen das Ideal einer „linkspopulistischen Verkettung“ nur bedingt. Besonders die Gründung von oben und die fehlenden partizi-

Editorial

pativen Elemente zur Einhegung der Führungspersönlichkeit stehen #aufstehen im Weg. Für eine extremismustheoretische Bewertung derartiger Bewegungen liefert Eckhard Jesse in seiner *Analyse* eine Kritik an Argumenten, die den konzeptionellen Kern der vergleichenden Extremismusforschung nicht selten verfehlen. Vor allem zielt der Verfasser auf die Schiefelage mit Blick auf Positionen am rechten und am linken Rand. Viele Kritiker neigen dazu, linksextremistische Ansätze herunter- und rechtsextremistische hochzuspielen. Der ubiquitäre „Kampf gegen rechts“ ohne nähere Differenzierung zwischen gemäßigten und antidemokratischen Tendenzen überzeuge Anhänger einer antiextremistischen Position ebenso wenig wie die Etablierung von Antifaschismusklauseln in Verfassungen der Bundesländer.

Erklären Kritiker des „Hufeisenmodells“ den Linksextremismus für irrelevant oder gar inexistent, widmet sich dieses Jahrbuch grundsätzlich allen Ausprägungen des politischen Extremismus – es wartet auch mit Untersuchungen zu Formen einer antiliberalen und teils gewaltorientierten Linken auf. So beleuchtet der Politikwissenschaftler Philipp Currlé, sich auf Ergebnisse einer Dresdener Qualifikationschrift stützend, die unterschiedlichen lokalen/regionalen Substrukturen einer Interventionistischen Linken, deren engagierte Bewegungsunternehmer nicht zuletzt beim G20-Gipfel in Hamburg 2017 eine bedeutende Rolle spielten. Sie zielen gerade auch in der Kooperation mit nicht-extremistischen Partnern strategisch darauf, die „Risse im System“ zu vertiefen und Konflikte in Richtung auf einen Systemwechsel zuzuspitzen. Die Anwendung von Gewalt wird nicht ausgeschlossen, wiewohl deren Dosierung und Begrenzung Gegenstand kontroverser Diskussionen zwischen heterogenen Teilorganisationen ist. Solche Militanzdebatten standen am Anfang des Leipziger Autonomenblattes „Phase 2“, dessen Entwicklung die Dresdener Politikwissenschaftlerin Anna-Maria Haase in einem *Zeitschriftenporträt* nachzeichnet. War das Periodikum zu Beginn Teil einer „autonomen Antifa“, die sich bundesweit zu organisieren bemühte, mäßigte es sich auch infolge generationellen Wandels allmählich und nahm mehr und mehr den Charakter eines linksintellektuellen Debattenorgans an. Insofern stellt das Blatt ein Beispiel für die Möglichkeit einer Deradikalisierung innerhalb der autonomen Szene dar.

Von Deradikalisierung kann keine Rede bei jenen Vereinigungen sein, die der Lübecker Gewaltforscher Stefan Goertz in einem *Dossier* behandelt. Sie weisen mehr oder weniger ausgeprägte rechtsterroristische Tendenzen auf und sind teilweise international vernetzt – wie die in Finnland entstandenen „Soldiers of Odin“, die zuerst in den USA (unter diesem deutschen Namen) in Erscheinung getretene „Atomwaffen Division“ oder die im Januar 2020 verbotene, nicht zuletzt im Zusammenhang mit den NSU-Ermittlungen immer wieder auffällig gewordene „Combat 18“, deren Name ihre neonationalsozialistische Gesinnung in kodierter Form offenbart. Im „Field Manual“ dieser Terrorvereinigung wurden Attentate von der Art des Mordanschlags auf den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (Juni 2019) empfohlen. Deradikalisierung wäre auch das falsche Stichwort für die ungewöhnliche Entwicklung des früheren Linksterroristen und heutigen Dschihadisten-Strafgefangenenhelfers Bernhard Falk, dessen Werdegang der Chemnitzer Politikwissen-

Editorial

schaftler Tom Mannewitz in einem *Biographischen Porträt* nachzeichnet. Falk war in den 1990er Jahren Mitglied der Antiimperialistischen Zelle, ehe er in der Haft allmählich zum Islamisten der salafistischen Richtung mutierte. Sein heutiges Tätigkeitsfeld: die „juristische Beratung verfolgter Muslime“. Noch immer spielen linke Versatzstücke bei dem Gegner Israels und der USA eine Rolle. Politische Konvertiten von der einen Form des Extremismus zu einer anderen sind eher selten, wobei Falk mit seinen Positionen eine Ausnahme unter den Ausnahmen darstellt. Tom Mannewitz arbeitet eine Reihe von Merkmalen heraus, die für künftige Vergleiche zwischen „vollständigen“ wie „unvollständigen Konvertiten“ (von einer Form des Extremismus zur anderen) bedeutungsvoll sein könnten. Neben sozialpsychologischen Merkmalen wie „narzisstische Persönlichkeitsproblematik“ springt die Verbindung von Antiimperialismus und „Antizionismus“ ins Auge.

Isabelle-Christine Panreck evaluiert in der *Sammelrezension* historische sowie politik- und sozialwissenschaftliche Untersuchungen des Phänomens Antisemitismus. Sie wendet sich damit einem Thema zu, das nicht zuletzt durch den Anschlag auf die Synagoge in Halle am 9. Oktober 2019 zu trauriger Aktualität gelangt ist. Sie zitiert einleitend aus der Ansprache des Bundespräsidenten vor dem Fünften World Holocaust Forum in Yad Vashem. Er wollte so gerne sagen, die Deutschen hätten aus der Geschichte gelernt: „Aber das kann ich nicht sagen, wenn Hass und Hetze sich ausbreiten. Das kann ich nicht sagen, wenn jüdische Kinder auf dem Schulhof bespuckt werden. Das kann ich nicht sagen, wenn unter dem Deckmantel angeblicher Kritik an israelischer Politik kruder Antisemitismus hervorbricht. Das kann ich nicht sagen, wenn nur eine schwere Holztür verhindert, dass ein Rechtsterrorist an Jom Kippur in einer Synagoge in Halle ein Massaker, ein Blutbad anrichtet.“

In der Kategorie *Literatur aus der „Szene“* würdigt der Dresdner Politikwissenschaftler Manès Weisskircher mit Dominique Venners „Was ist Nationalismus?“ ein Dokument rechtsextremer europäischer Identitätsstiftung. Mit Julia Ebners „Radikalisierungsmaschinen“ erörtert Tom Mannewitz in seinem *Rezensionsessay* die Thesen eines Bandes, der nach der gewachsenen Rolle des Internets für Radikalisierung und Extremismus fragt. Von Deradikalisierung kann mit Blick auf die Entwicklung der AfD ebenfalls nicht die Rede sein. Deren Teilorganisation „Der Flügel“ schätzte das Bundesamt für Verfassungsschutz als „erwiesen extremistische Bestrebung“ ein. Alexander Gallus würdigt in seiner „Dokumentation 2019“ die entsprechende „Fachinformation“ des Inlandsgeheimdienstes.

Der religiös-politische Fundamentalismus ist angesichts der rechtsextremen Herausforderungen im Berichtsjahr etwas in den Hintergrund getreten, zumal der Islamische Staat aus den letzten eroberten Territorien vertrieben werden konnte und in Deutschland spektakuläre Anschläge ausgeblieben sind. Die Bonner Politikwissenschaftlerin Evelyn Bokler-Völkel trägt in ihrer *Analyse* die inzwischen bekannten Fakten und Argumente zusammen, um das kurzlebige politische System historisch und typologisch einzuordnen. Die am Ideokratiekonzept orientierte, Herrschaftslegitimation, Herrschaftszugang und Herrschaftsanspruch systematisch analysierende Untersuchung, zieht auch filmische Quellen heran, welche den bedrückenden bis

Editorial

verstörenden Herrschaftsalltag in den eroberten Territorien zeigen. Der Radikalisierung von neun dschihadistischen Straftätern ist das *Dossier* des Berliner Radikalisierungsforschers Dirk Baehr gewidmet, der auf die Ergebnisse seiner Kölner Dissertation rekurriert. Die Verurteilungen erfolgten u. a. wegen Unterstützung terroristischer Vereinigungen wie Al Qaida, der Islamischen Jihad Union, der Islamischen Bewegung Usbekistan und der Deutschen Taliban Mudschahidin. Unter den zahlreichen Radikalisierungsfaktoren erwiesen sich „defizitäre Familiensozialisierungen“ und die Attraktivität charismatischer Führungsfiguren als bedeutende Prädikatoren, während die Erklärungskraft des Konzepts der relativen Deprivation oder der moralischen Empörung angesichts stark emotionalisierender Schlüsselereignisse vergleichsweise gering erscheint.

Eine Zusammenschau zahlreicher Extremismusvarianten bietet das *Länderporträt* des Brünner Extremismusforschers Miroslav Mareš. Es behandelt analog zu seinem Beitrag im vorangegangenen Band (Serbien) Extremismen und Populismen in Kroatien. Vor allem die Aufeinanderbezogenheit der Entwicklungen (gemeinsame jugoslawische Vergangenheit, Feindbildperzeptionen, Gebietsansprüche gegenüber der jeweils anderen Seite) verdeutlicht die Ursachen und Auswirkungen des bis heute starken Konfliktpotenzials auf dem Westbalkan. Nach dem Zustand und der Entwicklung der Demokratie in Deutschland fragen in diesem Jahrbuch verschiedene Rubriken im Literaturteil: Der *Literaturbericht* des Marburger Politikwissenschaftlers Wilfried von Bredow bietet eine Gesamtschau einer ganzen Reihe umfassender, vielfach neue Quellen erschließender historischer Studien zur bundesrepublikanischen Zeitgeschichte. Von Bredows Interesse gilt besonders den Akteuren und Faktoren, die die junge Demokratie von Beginn an zusammenhielten und als Demokratie festigten. *Kontrovers besprochen* wird diesmal Florian Meinels Streitschrift „Vertrauensfrage“ über die „Krise des heutigen Parlamentarismus“ (Kathrin Groh, Florian Grotz, Oliver W. Lembecke, Herfried Münkler). Der Brühler Politikwissenschaftler Armin Pfahl-Traughber würdigt in der Kategorie „*Wieder gelesen*“ schließlich den Klassiker „Vom Wesen und Wert der Demokratie“ des Staatsrechtslehrers Hans Kelsen.

Die Rubriken *Hauptbesprechungen*, *Kurzbesprechungen* und *Kommentierte Bibliographie* umfassen wieder mehr als 300 Rezensionen sowie Kommentierungen zu Veröffentlichungen aus dem Jahr 2019, die zum Teil über das Themenfeld Extremismus hinausgehen. Die Herausgeber legen Wert auf eine intensive Sichtung und Kritik einschlägiger Neuerscheinungen. Der Rezensionsteil wird ergänzt durch eine kleine *Zeitschriftenauslese*. Unter „Mitteilungen und Hinweise“ finden sich erneut einige Selbstdarstellungen, diesmal das Projekt des Zentrums Liberale Moderne „Gegneranalyse“ und das „Haus der Weimarer Republik“ als „Forum für Demokratie“ in Weimar.

U.B./A.G./E.J./T.T.

Analysen

